

Jürgen Hoffmann

»Das Ende der Fahnenstange«

- Sozialdemokratie und keynesianischer Klassenkompromiß in der Bundesrepublik

Vorbemerkung

Die folgende Analyse sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wurde im letzten Jahr (1981) für einen in Italien erschienenen Reader über die SPD geschrieben.* Da dieser Reader ursprünglich noch im Herbst 1982 in der Bundesrepublik erscheinen sollte, wurde auf eine Veröffentlichung im Heft Nr. 47 der PROKLA (»Sozialdemokratie macht keinen Staat mehr...«) verzichtet. Inzwischen hat sich nicht nur der Erscheinungstermin des SPD-Buches erneut verzögert, sondern ist auch dieses Thema durch den Bruch der sozialliberalen Koalition erneut höchst aktuell. Im Manuskript konnte allerdings dieser Bruch aus Zeitgründen nicht mehr berücksichtigt werden; wesentliche Ursachen - über die konkreten Anlässe hinaus - werden aber bereits benannt. Gerade die jüngste Entwicklung hat die Analyse im letzten Teil des Manuskripts eher bestätigt (dies kann man bedauern), und auch die über das aktuelle Dilemma der SPD hinausweisenden Diskussionen in Bezug auf ihr Verhältnis zu den Grünen/Alternativen untermauern die im letzten Teil entwickelten perspektivischen Aussagen. Nicht zuletzt aus diesen Gründen wird das (ein Jahr alte) Manuskript von der Redaktion in diesem Heft veröffentlicht. Im ersten Teil werden (in dem ursprünglich für Italien geschriebenen Manuskript) für PROKLA-Leser u.U. bekannte Diskussionen zur Kapitalakkumulation und zur Staatsanalyse in der Bundesrepublik zusammengefaßt. Auf diese Weise wird vielleicht auch deutlich, daß die (als abstrakte »Ableiterei« verschriene) Theoriediskussion durchaus einiges für die Analyse politischer Entwicklungen erbracht hat und daß nicht zuletzt eine Erklärung des Scheiterns sozialdemokratischer Reformpolitik ohne Rückgriff auf diese Ergebnisse nicht auskommt.

Einleitung

Als 1966 zum ersten Mal in der Nachkriegszeit die Sozialdemokratie an der Bundesregierung beteiligt wird, stehen zwei Männer in der Regierung symbolhaft für das Programm der SPD: einmal *Willi Brandt* als Außenminister und »Architekt« der neuen Ostpolitik und der Entspannung, zum anderen *Karl Schiller* als Wirtschaftsminister, der mit Hilfe eines keynesianischen wirtschaftspolitischen Instrumentariums der Wirtschaft aus der ersten tiefen Nachkriegsrezession herauszuhelfen verspricht und für die Zukunft Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und Vollbeschäftigung durch eine »aufgeklärte« Wirtschaftspolitik garantiert. Um dieses zweite Kernstück sozialdemokratischer Politik, das in den siebziger Jahren und darüber hinaus von entscheidender Bedeutung für den Machterhalt der SPD werden sollte, geht es in den folgenden Ausführungen. Es wird hier die These vertreten, daß das wirtschaftspolitische Konzept der SPD den gesellschaftlichen Basiskonsens in

* Il consenso e il potere - Società e stato nella socialdemocrazia tedesca, a cura di Enzo Collotti e Luisa Castellina, Milano 1982. Die deutsche Ausgabe wird wahrscheinlich im Konkret-Literatur-Verlag veröffentlicht. Für Diskussionen und Anregungen danke ich Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Siegfried Heimann und den Herausgebern und Mitautoren des o.a. Buches!

der Bundesrepublik zu stabilisieren suchte, indem als Voraussetzung eines nicht-antagonistischen Verteilungskonflikts das Wachstum der Wirtschaft, des »Nettoprodukts«, *politisch* garantiert werden sollte. Aus dem Scheitern keynesianischer Wirtschaftspolitik Mitte der 70er Jahre mußten sich zwangsläufig auch Konsequenzen für die Begründung des gesellschaftlichen Konsenses und damit die Bedingungen des Machterhalts für die SPD ergeben.

1. *Konsensbildung in der Bundesrepublik zur Zeit des »Wirtschaftswunders« (1948 - 1965)*

Eine Analyse der Begründung des gesellschaftlichen Konsenses in der Bundesrepublik muß bei den Auswirkungen der faschistischen Herrschaft, des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit ansetzen. Nicht nur wurden durch den faschistischen Terror die *Organisationen* der Arbeiterklasse zerschlagen; durch die Kriegserfahrungen der Arbeiter als Soldaten (Feindbild), die räumlichen Umstrukturierungen in der Nachkriegszeit (Flüchtlingsströme, Verlagerungen der industriellen Schwerpunkte etc.) wurden auch betrieblich gewachsene Kommunikationen innerhalb der Arbeiterklasse wie überhaupt eine klassenbezogene Identitätsbildung erschwert, wenn nicht sogar verunmöglichlicht. So standen am Anfang der Bundesrepublik die meisten Lohnabhängigen *als einzelne* ohne organisatorische Bindungen und ohne eine identitätsstiftende Arbeiterkultur in der Gesellschaft. In dieser Situation wird in den 50er Jahren der Kapitalismus bzw. das kapitalistische Wirtschaftswachstum als ein gesellschaftliches »Modell« erfahren, das sich als fähig erweist, die dringenden individuellen Lebensnöte zu bewältigen *und* eine historische Perspektive für alle Schichten der Gesellschaft anzubieten:

Mit der beschleunigten Akkumulation des Kapitals in den 50er Jahren konnte die Arbeitslosigkeit rasch abgebaut werden; der Lebensstandard aller Bevölkerungsteile stieg schnell an und die soziale Sicherung konnte vom Staat ausgebaut werden. Diese Entwicklung steht im Vergleich zu vorhergehenden Epochen gesellschaftlicher Entwicklung in Deutschland einzigartig da: So ist das Niveau des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung in der ersten Hälfte des 20. Jhdts. im Durchschnitt konstant geblieben - dagegen mußten die hohen Wachstumsraten und damit die wachsenden Lebenschancen nach 1955 geradezu eine einschneidende Veränderung der individuellen Lebensperspektiven signalisieren. *Mit der Prosperität des Kapitals scheint im »Wirtschaftswunder« die Prosperität der Arbeiterschaft gesichert* - ganz im Gegensatz zu den bislang verbreiteten Erfahrungen und Theorien innerhalb dieser Klasse.

Der Basiskonsens in der Gesellschaft der Bundesrepublik des »Wirtschaftswunders« war so in erster Linie *ökonomisch* vermittelt:

Hohe Profite ermöglichten steigende Arbeitsproduktivitäten (und umgekehrt), steigende Löhne, größere Spielräume für die staatliche Finanz- und Sozialpolitik. Der (die politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik prägende) Klassengegensatz ist in dieser sich atomisierenden Gesellschaft immer weniger sichtbar, was bleibt, sind Auseinandersetzungen um die Beteiligung am Wirtschaftswachstum; theoretischen Ausdruck findet diese Gesellschaft in der »Pluralismus«-Theorie.¹

2. Die »Wende von Godesberg« in der SPD

Es ist wichtig, sich dieser grundsätzlichen Erfahrungen der Massen der Lohnarbeiter zu vergegenwärtigen, wenn man die »Wende« von Godesberg der SPD von einer reformistischen Arbeiterpartei zu einer »reformkapitalistischen« linken Volkspartei verstehen will. Nicht ein »Verrat« der Parteispitze gegenüber den antikapitalistisch eingestellten Parteimitgliedern (von den Wählern ganz zu schweigen), sondern die tagtägliche Lebenserfahrung eben dieser Massen führen zum »Godesberger Programm«. Nicht zuletzt wird der Partei auch eine solche programmatische Veränderung durch die Wahlerfolge des in den 50er Jahren noch festgefügtten Bürgerblocks von CDU, FDP, DP und BHE nahegelegt. Dabei profitierte dieser Bürgerblock von der innenpolitischen Polarisierung (vgl. Schmollinger/Stöß 1977), die u.a. auch durch den weiterhin bestehenden programmatischen antikapitalistischen Reformismus der SPD verfestigt wurde - einer Programmatik, die den Erfahrungen der Lohnabhängigen offensichtlich immer weniger gerecht wurde.

Das Godesberger Programm kann auf ein Theorie- und Politikparadigma zurückgreifen, das besonders in der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik ausgearbeitet und in der Partei seit langem im reformkapitalistischen Flügel vertreten wurde. Im Zentrum dieses Paradigmas (vgl. Müller 1973) steht die (besonders von Hugo Sinzheimer vertretene) Auffassung, daß beide Hauptklassen der Gesellschaft, Kapital und Arbeit sowohl *gemeinsame* wie *entgegengesetzte* Interessen hätten: Gemeinsam sei beiden Klassen das Interesse an der Bewältigung der *Produktionsaufgaben*, der Steigerung des *Nettoprodukts*, entgegengesetzt stünden die Interessen beider Klassen bei der Frage der *Verteilung* des produzierten Produkts.² Es ist dieses Grundmuster, das in der pluralistischen Staats- und Gesellschaftstheorie von der SPD nahestehenden Politikwissenschaftlern (wie z.B. von Ernst Fraenkel) reformuliert wird - allerdings jetzt unter Absehung von Klassen: *Basiskonsens* (»Gemeinwohl«) und *Konsensbildung durch Interesseninteraktion* (vgl. dazu Blanke 1977) als konstituierende Faktoren der pluralistischen Gesellschaft lösen das antagonistische Gesellschaftsmodell ab und liegen dem »Godesberger Programm« zugrunde. Insofern kommt der Forderung des Godesberger Programms an die Wirtschaftspolitik, »Vollbeschäftigung (zu) sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität (zu) steigern und den allgemeinen Wohlstand (zu) erhöhen« (Hergt 1975, S. 44), besondere Bedeutung zu: Denn wird dies durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik erreicht, dann ist natürlich die »Konsensbildung durch Interesseninteraktion« erleichtert, der Verteilungskonflikt entschärft und die Befriedigung möglichst vieler Partikularinteressen ohne Gefährdung des Gemeinwohls möglich.

Allerdings bleibt auch nach dieser Auffassung kapitalistisches Wirtschaftswachstum - da über den Markt vermittelt - immer von sektoralen Ungleichgewichten und Fehlallokationen bedroht, partielle Krisen und Konjunkturschwankungen bedrohen daher die Durchsetzung des »gemeinsamen Produktionsinteresses«, das »Gemeinwohl«, und damit auch die Spielräume für den Verteilungskonflikt. Hier hat nun - nach dem Godesberger Programm, noch deutlicher wird dies aber im Grundsatzprogramm des DGB 1963 - der *Staat* anzusetzen, indem er, angeleitet von der 'modernen' makroökonomischen Theorie des Keynesianismus, durch mittelbare Beeinflussung der Wirtschaft eine vorausschauende Konjunkturpolitik betreibt: Bei *Autonomie* der Unternehmen (aufgrund des Privateigentums an Produktionsmitteln) soll der Staat die großen Nachfrageströme der Wirtschaft so regulieren, daß Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung gesichert bleiben. In weitergehenden Entwürfen des späteren Wirtschaftsministers Schiller wird diese Konzeption direkt auf den

Keynesianismus bezogen, wobei auch eine (von den Gewerkschaften noch für machbar gehaltene) Umverteilung verworfen wird: Nicht mehr die Anteile am Nettoprodukt oder gar - wie in früheren Programmen - die Eigentumsverhältnisse sollen verändert werden, sondern durch die Garantie eines *steigenden* Nettoprodukts mit Hilfe der 'modernen' Wirtschaftspolitik soll sich das Einkommen *aller bei gleichbleibenden Anteilen erhöhen*: Es geht darum, »bei richtigem Verhalten aller das reale Einkommen eines jeden und jeder Gruppe (zu) steigern, ohne irgend jemanden etwas wegzunehmen« (Schiller 1968, S.72). Staatliche Wirtschaftspolitik und »richtiges« Verhalten der Wirtschaftssubjekte sind nach diesem Konzept Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Interessenausgleich, keynesianische Nachfragepolitik und »Konzertierte Aktion« von Staat, Kapitalverbänden und Gewerkschaften die Instrumente.^{2a}

Der *antagonistische Widerspruch* von Lohn und Profit ist so aufgelöst in das *Nebeneinander* der funktionellen Einkommensformen der vielen Gruppen und »Wirtschaftssubjekte« in der Gesellschaft. Und die »regulative Potenz« des Keynesianismus verbunden mit der korporatistischen Verhaltenskoordination verspricht eine simultane und verstetigende Befriedigung der Interessen der verschiedenen Einkommensbezieher. Auch ökonomisch kann sich so die SPD als 'Volkspartei' darstellen.

3. Die SPD an der Regierung: Staatliche Wirtschaftspolitik und Reformpolitik als Voraussetzung der Erneuerung des gesellschaftlichen Konsenses

Dieser programmatische Entwurf hatte für die SPD dann Aussicht auf Realisierung durch die Beteiligung an der Macht, als in der ersten Hälfte der 60er Jahre die bis dahin nahezu ungebrochene wirtschaftliche Expansion an konjunkturelle und strukturelle Grenzen stieß (vgl. Altvater u.a. 1980, S.84ff.): Gesellschaftliche und ökonomische »Engpässe« wie sinkende Profitraten, Mangel an Arbeitskräften bei steigenden Lohnquoten, Strukturkrisen einzelner Branchen, Bildungsnotstand, Inflation, Mängel in der industriellen Infrastruktur, schließlich 1966/67 die erste Krise mit hohen Arbeitslosenzahlen, konnten von dem über diese Krisen zerfallenden Bürgerblock nicht bewältigt werden.³ Zumal die diesen Block führende Partei jede Staatsintervention in die Wirtschaft im Sinne einer antizyklischen Konjunkturpolitik strikt ablehnte, darin bereits den ersten Schritt in den »Dirigismus« sah und gegenüber der Arbeiterschaft nur das repressive Integrationsmodell einer »Formierten Gesellschaft« formulieren konnte.⁴

Demgegenüber konnte die SPD 1966/67 eine »moderne« *Alternative* (vgl. Fenner 1977, S.63) sowohl auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch im Bereich der Bildungspolitik anbieten, die den bedrohten *Basiskonsens* - das »Systemvertrauen« - mit Hilfe staatlicher Stabilisierungs- und Reformpolitik zu konsolidieren versprach und zudem durch die angestrebte staatliche Regulierung der Ökonomie die *Konsensbildung durch Interesseninteraktion* erleichtern sollte:

- Durch die Regulierung der großen volkswirtschaftlichen *Nachfrageströme* sollten die Realisierung des produzierten Warenkapitals gesichert, Profite wie Arbeitsplätze und Steuereinnahmen garantiert werden;
- zugleich sollten die staatlichen Ausgaben gezielt auf *Engpässe* in der Gesellschaft gelenkt werden wie: Bildung, Verkehr, Wohnungsbau; die Instrumente der Planung in Bund

und Ländern sollten verfeinert und koordiniert werden (Finanzreform, Bildungspläne, Einrichtung eines Konjunkturrats);

- durch die Reform der *Arbeitsmarktgesetze* sollte der Veränderung der Nachfrage nach Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt durch Förderung von Requalifizierung, Umschulung und Vermittlung entsprochen werden, die angesichts des technologischen Wandels eine besondere Bedeutung bekam;
- nicht nur sollte durch eine Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz die *Mitbestimmung* im Betrieb erweitert werden, auch die im Rahmen der Wirtschaftspolitik eingerichtete »Konzertierte Aktion« von Staat, Gewerkschaften und Kapitalverbänden versprach den Gewerkschaften Einfluß auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung.

Allerdings ist hier der Zeitraum der »großen Koalition« (1966 - 1969) von dem der seit 1969 regierenden »kleinen (sozialliberalen) Koalition« zu unterscheiden. Während die »inneren Reformen« erst ab 1969 durchgeführt werden (Willi Brandts »mehr Demokratie wagen«), werden die unmittelbar kapitalfunktionalen Gesetzesvorhaben, wie das »Stabilitäts- und Wachstumsgesetz« und die »Finanzreform« (im Verein mit der Notstandsgesetzgebung) bereits zusammen mit der CDU/CSU in der großen Koalition durchgeführt. Dieses Bündnis zerbricht aber nicht zuletzt aufgrund der nicht überbrückbaren Gegensätze in der Außenpolitik (worauf hier nicht näher eingegangen werden kann) und an den weitergesteckten Zielen der SPD in der Reformpolitik - und hier lagen auch die Berührungspunkte mit der sich nach 1967 linksliberal profilierenden FDP (wie dies im Freiburger Programm auch zum Ausdruck kommt).

Die Politik der »großen Koalition« war für die nachfolgende Politik der »inneren Reformen« insofern von großer Bedeutung, als die *Finanzierung* dieser Reformen nicht zuletzt mit Hilfe des »modernen Instrumentariums« der Globalsteuerung und Finanzplanung sichergestellt zu sein schien (vgl. Schmidt 1978, S.211). Die *Unterschiede* der sozialliberalen Politik gegenüber der Politik der »großen Koalition« lagen dagegen »in der größeren Verteilungsintensität, der Häufigkeit der Reformen, der Verteilungsrichtung (zugunsten gewerkschaftlich-städtischen Wählern, mittleren Angestellten und Beamten, Frauen und Jungwählern, d. Verf. nach Schmidt 1978), den Politikmaterien (Partizipationsausweitung, Eindämmung sozialer Ungleichheit), in der Ergänzung des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs um die Ziele »gerechte Einkommensverteilung« und »mehr Lebensqualität« sowie schließlich in den symbolisch-politischen Komponenten der Reformpolitik...« (Schmidt 1978, S.210)

Zur Erreichung dieser Ziele und überhaupt zum Zwecke der Effektivierung der Reformpolitik »von oben« wird der bis dahin praktizierte »ökonomische Keynesianismus« zu einem - in Analogie dazu sogenannten - »politischen Keynesianismus« (vgl. dazu Blanke u.a. 1975, S.283ff.) ausgeweitet: Programmplanungen im Bereich des politisch-administrativen Systems (die auch institutionelle Veränderungen nach sich zogen) wurden entwickelt bzw. ausgebaut, im Zuge der Reformplanungen wurden Entscheidungen zentralisiert und oft auch in Gremien ähnlich dem der Konzertierten Aktion verlagert (vgl. etwa die »Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen«, den »Konjunkturrat«, die »Bund-Länder-Kommission«).

Die Politik der Reformen, der Beseitigung gesellschaftspolitischer »Engpässe«, *stärkte* den Konsens nicht nur hinter der Regierungspolitik, sondern überhaupt innerhalb der Gesellschaft: Scheinbar *staatlich* garantiertes Wirtschaftswachstum⁵ ermöglichte hohe Profite, ho-

he Investitionen *und* sichere Arbeitsplätze, hohe Löhne *und* hohe Infrastruktur- und Sozialleistungen des Staates, die Bezahlung von langfristig wirkenden Reformen wie die der Bildungsreform, Rentenreform, Steuerreform.

Wirtschaftspolitisch wird dieser Konsens schon zur Zeit der Großen Koalition in der *Konzertierten Aktion* institutionalisiert, die nach den Vorstellungen ihres Initiators Schiller ein Bündnis zwischen Staat und Tarifparteien darstellen sollte.⁶ Der *Verteilungskonflikt* und -kompromiß sollte dabei auf das *gemeinsame* Interesse am Produktionswachstum ex ante bezogen werden, d.h.: In der *Konzertierten Aktion* sollten die Einkommenszuwächse an die Akkumulationserfordernisse des Kapitals und nicht an die aktuellen Arbeitsmarktdaten angepaßt werden, um so die keynesianische Steuerung auf der Verteilungsebene abzusichern! Trotz Vollbeschäftigung sollten so die Profit- und Investitionsraten hoch bleiben. Diese Steuerung setzte sich ja zum Ziel, über hohe realisierte Profite die Vollbeschäftigung zu sichern, was wiederum aufgrund der dann vorherrschenden Arbeitskräfteknappheit zu einer systematischen Assymetrie im Verteilungskonflikt zugunsten der Gewerkschaften hätte führen können. Die Basis des in der *Konzertierten Aktion* institutionalisierten *Klassenkompromisses* war dabei die *politische* Garantie der Einkommensquellen Kapital und Lohnarbeit bzw. der Einkommen Profit und Lohn: durch staatlich induzierte 'Verstetigung' der Nachfrage, der Realisierung von Profit und der Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommenszuwächse. Sie sollte so die Konsensbildung durch Interesseninteraktion (nicht nur der Tarifpartner) erleichtern.

4. Die Grenzen der sozialdemokratischen Regierungskonzeption: Gesellschaftliche Strukturveränderungen, »Etatismus« und Eigendynamik der Ökonomie

Der Sozialdemokratie an der Regierung (zunächst in einer großen Koalition mit der CDU/CSU, dann ab 1969 in der sozialliberalen Koalition mit der FDP) gelingt es, mit ihrer zielgerichteten Politik gegen gesellschaftliche Engpässe der 60er Jahre einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu stabilisieren, neue Wählerschichten (z.B. katholische Arbeiter, kritische Intelligenz, an Gewicht zunehmende Angestelltenschichten) zu gewinnen⁷ und sich selbst als moderne Reformpartei darzustellen, die über den *Staat* die gesellschaftliche Entwicklung reguliert und an die Bedürfnisse einer dynamischen Wirtschaft anpaßt.

Der Politik kam hier gegenüber gesellschaftlichen Prozessen eine geradezu autonome Rolle zu, die durch aktives Eingreifen in die Gesellschaft sozusagen emanzipatorische Prozesse »von oben« einleiten und zugleich den Imperativen der (unverändert gebliebenen) ökonomischen »Basis« gerecht werden sollte. Diese etatistische Konzeption (vgl. Gransow/Offe 1981) wurde als kompatibel mit dem Ziel einer Demokratisierung der Gesellschaft angesehen; mehr noch: die Demokratisierung wurde als eine wesentliche Voraussetzung politischer Planung (im Sinne der Informations- und Motivationsbeschaffung) angesehen und in dieser Weise auch wiederum instrumentalisch gefaßt.

Eine solche Politik muß - selbst oder gerade dann, wenn sie Erfolg hat - ihre eigenen Grundlagen untergraben, weil sie einerseits die *Interessenartikulation* möglichst breiter Kreise der Bevölkerung freisetzen will (»mehr Demokratie wagen«), auf der anderen Seite die *materielle Befriedigung* dieser Interessen nur vermittels einer kapital- bzw. akkumulationsfunktionalen Politik bewerkstelligen kann. Gerade dies Ziel impliziert unter den gegebenen Umständen eine Zentralisierung (oder Etatisierung) von Entscheidungen auf zen-

tralstaatlicher Ebene, in der Exekutive und in der Staatsbürokratie. Derartige Veränderungen im politischen System wurden in dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (das insbesondere die Zentralisierung von konjunkturpolitischen Entscheidungen vom Parlament auf die Exekutive verlagerte (vgl. Agnoli 1967)) und in der Finanzreform deutlich. Die *deaktivierenden* Folgen dieses etatistischen Politikansatzes werden für die SPD als Partei von Hans See (1976) am Beispiel der Kommunalpolitik illustriert, während Gransow/Offe (1981) die »extrem *etatistische* Variante des Reformismus« in der SPD allgemeiner als aktiven Beitrag zur weiteren Auflösung der politischen Kultur in der Bundesrepublik bezeichnen.

Allein aus diesen *deaktivierenden* Resultaten der Reformpolitik heraus (als einer quasi etatistischen Korrektur gesellschaftlicher Machtverhältnisse, vgl. Gransow/Offe 1981) läßt sich jedoch *vor* der Krise 1974/75 eine Gefährdung der Legitimationsgrundlage dieser Politik nicht begründen. Schließlich werden ja durch eine keynesianische Nachfragepolitik die zentralen materiellen Interessen in der Gesellschaft *gleichermaßen* befriedigt. Im Gegensatz z.B. zur später (nach der Krise 1974/75) konzipierten »aktiven Strukturpolitik« zielte die keynesianische Politik nicht den selektiven Eingriff in die Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, sondern die allgemeine Anhebung des Niveaus der Nachfrage und ihre Stabilisierung an. Selbst wenn also die gesellschaftlichen Konsequenzen deaktivierend waren, so war damit zunächst lediglich eine eher ideologische Komponente der SPD-Reformpolitik, die der Demokratisierung gesellschaftlicher Teilbereiche, inhaltlich betroffen.

Die keynesianische Politik mußte erst dann zurückgenommen werden, als deutlich wurde, daß die Verstetigung der Konjunktur bei hohem Beschäftigungsgrad und Preisstabilität *wirtschaftspolitisch nicht machbar war*.

Dieses Scheitern an der *Eigendynamik* der kapitalistischen Ökonomie zeigte sich zunächst in inflationären Entwicklungen (die zunächst bequemerweise auf äußerliche Faktoren wie den »Ölschock« oder die Lohnerhöhungen 1970 bis 1972 zurückgeführt werden konnten) und dann in der Gleichzeitigkeit von Inflation und Krise.

Die Ursachen dieses Scheiterns sollen hier kurz referiert werden. Voraussetzung keynesianischer Regulierung auf der »Makroebene« der Ökonomie ist - wie auch in der neoliberalen Theorie - auf der »Mikroebene«, der Ebene der einzelnen Unternehmen, das *Privateigentum an Produktionsmitteln*. Die staatliche Regulierung gesellschaftlicher Prozesse setzt daher nur mittelbar (über die Medien »Geld« und »Rechtssetzung«) an der Struktur der Gesellschaft an, vorausgesetzt bleiben die *Autonomie der Unternehmen* (Investitionsfreiheit, Rentabilitätskalkül) und die *Tarifautonomie*. Damit bleibt aber auch - trotz Konzertierter Aktion - das Verhalten von Unternehmern wie von Gewerkschaften primär *marktbezogen*⁸. Auf *diesen* Ebenen entwickeln sich Tätigkeits- und Systemgrenzen (vgl. Blanke u.a. 1975) für die staatliche Politik, die das Modell der Konsenssicherung via Politik gefährden⁹:

a) Die freiwillige lohnpolitische Einbindung in der Konzertierten Aktion, die die Gewerkschaften nach der Krise 1966/67 eingehen, wird von den Unternehmern durch Preis- und Produktivitätserhöhungen mit dem Resultat einer Verschiebung der Lohn-Gewinn-Relation zu ihren Gunsten unterlaufen. Dies geschieht in einem Zeitraum, in dem die faktische Macht der Arbeiter durch die steigenden Beschäftigungszahlen im Aufschwung bis 1970 gestärkt wird. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften wird daher zunächst mit *Mitgliederrevolten* und spontanen Streiks (Septemberstreiks 1969) unter Druck gesetzt und muß - wollen die Gewerkschaften das Monopol auf tariflicher Auseinandersetzung mit dem Kapital be-

wahren - mit hohen Lohnabschlüssen nachziehen, die 1970 - 1972 die höchsten Lohnzu- nahmen in der Geschichte der Bundesrepublik bringen.

b) Die politisch angezielte Verstetigung der Konjunktur bei Preisstabilität und Vollbeschäftigung erweist sich auch bei Anwendung des »modernsten wirtschaftspolitischen Instrumentariums der Welt« (so der damalige SPD-Wirtschaftsexperte Ehrenberg) als Illusion: Einmal lassen sich die staatlichen Ausgabenansätze aufgrund der spezifischen Aufgaben des Staates nicht unbegrenzt antizyklisch manipulieren; auch führt diese Aufgabenstellung zu Verschiebungen innerhalb der Branchenstruktur (etwa zugunsten der Bauindustrie), die zu Lasten der Produktivitätsentwicklung der Gesamtindustrie gehen. Zum anderen kann der Staat über seine Ausgabenpolitik nur das *monetäre Niveau* der Nachfrage beeinflussen und hat nur indirekt einen Einfluß auf das zyklische Schwanken von Profitraten und Investitionen.

Die staatliche Ausgabenpolitik kann so zwar eine zyklische Krise aufschieben - um den Preis der Finanzierung *inflationärer Prozesse* und der *Akkumulation von Staatsschuld* -, nicht aber die Krise verhindern: Profitratenfall, Inflation und Krise 1973 - 1975 zeigen an, daß nur über eine Restrukturierungskrise mit Pleiten, Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, »Sanierung« des Staatshaushalts die unter den gegebenen gesellschaftlichen Strukturen »richtigen« ökonomischen Proportionen wiederhergestellt werden können - nicht zuletzt, um international die Stellung des westdeutschen Kapitals halten zu können¹⁰. Mit dieser Entwicklung zerbricht aber die Basis des keynesianischen Klassenkompromisses.

c) Gerade in dem Zeitraum des zyklischen Abschwungs und der Krise 1973 - 1975 und dadurch *sinkenden* Steuereinnahmen wirken sich aber auch die »inneren Reformen« als *wachsende* finanzielle Belastung des Staatshaushaltes aus. Besonders im Bereich der Bildungs- und Sozialpolitik gingen diese Reformen einher mit einer Ausweitung der staatlichen Beschäftigung; diese *personellen Ausgaben* sind aber damit festgeschrieben und - soweit Planstellen - nicht ohne weiteres der jeweiligen Haushaltslage anzupassen. Bei krisenbedingtem Einnahmeausfall bei den Steuern sind diese Ausgabensteigerungen nur noch über eine wachsende Staatsverschuldung zu finanzieren: Damit geht aber nicht nur die Finanzierung inflationärer Prozesse einher, sondern es werden auch die geldpolitischen Möglichkeiten aufgrund des Einflusses auf das Zinsniveau eingeengt. In den Stabilitätsmaßnahmen 1973 und 1975 (Haushaltsstrukturgesetz) werden die Ausgabenansätze wichtiger Reformschwerpunkte (z.B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich) so gekürzt, daß auch der »soziale Konsum« der Lohnabhängigen eingeschränkt wird. Entgegen der in den »SPD-Orientierungsrahmen« angezielten *Ausweitung* des Staatsanteils wird jetzt versucht, den Anteil des Staates am Sozialprodukt *einzuschränken*.

Durch *Inflation und Krise* werden so in der Mitte der 70er Jahre nicht nur »Restriktionen politischer Planung« deutlich; es wird überhaupt die Möglichkeit der staatlichen Planung und Regulierung ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse in der kapitalistischen Gesellschaft in Frage gestellt.¹¹ Gerade weil die sozialdemokratische Regierungspolitik die grundlegenden Strukturen der kapitalistischen Ökonomie nicht verändern, sondern effektivieren will (dies drückt besonders deutlich Schiller in seinen diversen Veröffentlichungen aus), bleibt sie Gefangene der diesen Strukturen inhärenten Dynamik. Damit zerbricht aber ihr Konzept der Konsensbeschaffung, weil auch dieser Konsens primär *vorpolitisch* begründet ist.¹² Ungebrochen *marktbezogenes* politisches Handeln erscheint angesichts dieser Erfahrungen als einzig sinnvolle, rationale Politik - und Theorie. Die Sozialdemokratie ist mit dem Problem konfrontiert, daß sie - will sie Wirtschaftswachstum als Basis eines

relativ konfliktfreien Verteilungsprozesses aufrechterhalten bzw. wiederherstellen - den angestrebten breiten gesellschaftlichen Konsens aufgeben und versuchen muß, eine neue Basis jenseits des keynesianischen Klassenkompromiß zu finden.

5. Ende des programmatischen Keynesianismus in der Krise 1975 - Krisenverarbeitung und gesellschaftliche Stabilität in der Stagnation

Der Entwurf eines keynesianisch vermittelten Klassenkompromisses zerbricht Mitte der 70er Jahre aufgrund der immanent ökonomischen Dynamik der kapitalistischen Strukturen - und nicht aufgrund eines politischen Bruchs des Kapitals mit Gewerkschaften und SPD-Regierung (wie dies z.B. die auch in der Bundesrepublik verbreitete These Michael Kaleckis vom »political-business-cycle« nahelegen würde¹³). Zwar erfolgt schon relativ früh (seit 1971) in der »herrschenden Lehre« innerhalb der Wirtschaftswissenschaften ein Umschwung vom kurzfristig vorherrschenden Keynesianismus zurück zu Neoliberalismus bzw. Monetarismus. Aber erst über die Entwicklung von Inflation und Krise, der »Stagflation«, schwenkt auch der »politische Arm« der Unternehmerschaft in der sozialliberalen Regierung - die FDP - auf einen Austerity-Kurs um. Wichtiger ist hier wohl die Absicht auch der Sozialdemokratie zu werten, durch Stabilisierungsprogramme die Inflationsrate niedrig und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Kapitals hoch zu halten; die Prosperität des Kapitals wird weiterhin (auch unter den veränderten Bedingungen) als Hebel zur Lösung der mit Krise und Arbeitslosigkeit entstehenden sozialen Probleme gesehen.

Das korporatistische Bündnis der Konzertierte Aktion existiert mit dem Scheitern der keynesianischen Wirtschaftspolitik nur noch als leere Hülse: Zwar bleiben die Gewerkschaften noch bis zur Klage der Kapitalverbände gegen die »erweiterte Mitbestimmung« beim Bundesverfassungsgericht 1977 in der Konzertierte Aktion. Eine faktische Bedeutung hat diese Institution aber nicht mehr - nicht zuletzt deshalb, weil - wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hervorhebt - angesichts der schnell steigenden Arbeitslosenzahlen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt vorherrschen, die einen äußeren Druck auf den Arbeitslohn durch Einkommenspolitik obsolet erscheinen lassen. Und weil jetzt die Konzertierte Aktion wohl eher als eine mögliche Verteidigungslinie der Gewerkschaften gegen Lohnsenkungen gefürchtet wird. Die Kompromißbildung zwischen Lohnarbeit und Kapital wird so in erster Linie wieder *marktvermittelt* - mit dem Resultat einer Umverteilung zugunsten des Kapitals (1976).

Daß sich die Sozialdemokratie trotz Krise und Massenarbeitslosigkeit in den Wahlen 1976 in der Regierung halten kann, hängt eng zusammen mit der spezifischen Krisenerfahrung und Krisenverarbeitung bei den einzelnen Betroffenen. Zunächst einmal sind weder die SPD noch die Gewerkschaften durch die Krise im Kern ihrer Mitgliederschaft bzw. ihrer Wählerklientel getroffen. Zwar schwenken besonders un- und angelernte katholische Arbeiter in den Wahlen 1976 zurück zur CDU/CSU¹⁴, die Stammwählerschaft, die der SPD in der Regierung verfall, blieb der Partei aber erhalten, nicht zuletzt deshalb, weil sie auch nicht von der Krise betroffen war: Denn dieser Kern bleibt durch die spezifische Selektion von Krisenbetroffenheit und -erfahrungen verschont; betroffen sind zu allererst »Randgruppen« der Arbeiterschaft (un- und angelernte Arbeiter, darunter besonders Frauen, Ausländer, Jugendliche). Durch die betriebliche Personalpolitik wird die Belegschaft in

Kern- und Randbelegschaft gespalten; regionale Arbeitsmärkte werden unterschiedlich von der Arbeitslosigkeit getroffen; in die Randbelegschaften und in die Arbeitslosigkeit werden besonders konfliktunfähige Teile der Arbeiterschaft (wie teilzeitbeschäftigte Frauen und von der Ausländerbehörde abhängige Ausländer) gedrängt. Auch wenn die Arbeitslosen (noch) vom »Netz der sozialen Sicherheit« des Sozialstates aufgefangen werden, müssen sie ihr Schicksal *individuell* verarbeiten und reagieren daher vorrangig *resignativ* denn konfliktbereit - zumal ein kollektiver Widerstand von den Arbeitslosen getrennt von den Beschäftigten keine Perspektive hat. Aber auch bei den weiterhin beschäftigten Arbeitern, die Lohnkürzungen, Dequalifizierungen (Abgruppierungen innerhalb der Lohngruppen) und eine erhöhte Intensität der Arbeit angesichts des Arbeitslosenheeres vor den Betriebstoren hinnehmen, erfolgt die Kriseninterpretation eher *individuell* und auf die *einzelwirtschaftliche* Rationalität des Unternehmens bezogen (» ... die Nachfrage nach den Produkten 'unserer' Betriebes hat nachgelassen ...«, » ... die Konkurrenz 'erzwingt' Rationalisierungen ...«, »... die Entlassungen treffen nur die Faulen, Leistungsschwachen, Unzuverlässigen ...«). Dieses Interpretationsmuster - das von gewerkschaftlichen Erklärungen der Krise (z.B. als Resultat von Mißmanagement) eher gestützt wird - knüpft an die Erfahrung in der ökonomischen Prosperität an, in der sich die Arbeiter einen hohen Lebensstandard sichern konnten, weil die Kapitale genügend Profite machten. Die Krisenursachen bleiben so *exogene* Faktoren, oder aber die Krise wird als notwendiges, schicksalhaftes Durchgangsstadium begriffen, deren Folgen man individuell am ehesten durch mehr Leistung in der Arbeit entkommt.¹⁵ Diese individuelle Krisenverarbeitung setzt dabei zugleich die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft frei und erschwert oder verhindert sogar eine *kollektive* Krisenbewältigung, zumal auch die Gewerkschaften keine kollektive Kriseninterpretationen anbieten, *aufser jener*, daß sich das Kapital des gemeinsamen Produktionsinteresses von Unternehmern und Arbeitern bewußt werden und Produktivität und Produktion erhöhen soll - durch *Modernisierung* der Produktion.

Bezogen auf unsere Ausgangsfragestellung heißt dies, daß der »Basiskonsens« in der Gesellschaft nicht wesentlich erschüttert wird, weil ja die Ursachen der Krise aufgrund der Kriseninterpretation und -verarbeitung als exogene »schicksalhafte« Einflüsse des Weltmarkts oder aber als kurzfristige »naturnotwendige« Stabilisierungsprozesse »dingfest« gemacht werden, nicht aber als *systemimmanent* notwendige. Auch die »*Konsensbildung durch Interesseninteraktion*« ist für den gesellschaftlichen Kern noch nicht beeinträchtigt; insbesondere können die beschäftigten *Stammbelegschaften* ihr Realeinkommen noch halten und im folgenden Aufschwung sogar noch verbessern.

Der Preis für diese konsensuale Basis ist aber die Ausgrenzung (vgl. dazu Esser u.a. 1980) der von Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsunsicherheit Betroffenen. Die Basis der Konsensbildung bleibt weiterhin das (erhoffte) Wirtschaftswachstum - allerdings ohne explizites Vertrauen in eine Nachfragepolitik des Staates: Strukturpolitik, Sparhaushalte und Protektionismus umreißen schlagwortartig die Bandbreite der jetzt in den Staat gesetzten Erwartungen.

6. »*Modernisierung der Volkswirtschaft*« und Sanierung des Staatshaushalts - Die Krise als Chance für eine neue Politik und einen erneuerten Konsens?

Das Scheitern des Keynesianismus als »politischem Prinzip« (Vobruba 1979) heißt nicht, daß die sozialliberale Koalition zu einer monetaristischen Austerity-Politik à la Thatcher

oder Reagan greift; Ansatzpunkt der »post-keynesianischen« Politik ist vielmehr eine *Mischung* aus rechts-keynesianischer *Subventionierung der Investitionen* (z.B. im Investitionshilfeprogramm 1974/75), einer (besonders von der FDP forcierten) *Politik der Haushaltssanierung und Verringerung des Staatsanteils* und einer *angebotsorientierten Modernisierungspolitik*, durch die die Wirkungen der Krise (Restrukturierung von Produktion und Märkten) bewußt sektoral unterstützt werden sollen (vgl. Scharpf/Hauff 1975).

Die Modernisierungspolitik ist insofern »*marktvermittelt*«, als sie die sich über die Märkte durchsetzenden *Restrukturierungsprozesse* bewußt *beschleunigen* soll, Innovationsprozesse unterstützt, aber auch das Schrumpfen von wettbewerbsschwachen Branchen nicht durch Erhaltungssubventionen aufhalten will. Zumindest steht dieses Konzept hinter dem Schlagwort einer »Politik des aktiven Strukturwandels« (vgl. Scharpf/Hauff 1975). Die Krise wird hier als Chance einer Modernisierungspolitik begriffen, die bewußt die Restrukturierungsprozesse unterstützt, um dadurch über Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt wieder zu einer beschleunigten Akkumulation und zur Auflösung des Arbeitslosenheeres zu gelangen.

Diese Modernisierungspolitik wird überlagert von dem Versuch, über Einschränkung der Sozialausgaben die Steuerbelastung bzw. Zinsbelastung der Profite zu verringern. Schwerpunkte der Kürzungen sind dabei einmal die *Sozialausgaben* für jenen Randbereich der Gesellschaft, der durch die betriebliche Personalplanung und die Strukturen der Teilarbeitsmärkte schon besonders hart betroffen ist (die sogenannten »Problemgruppen« der Arbeitslosen), darüber hinaus das *Gesundheitswesen* (hier werden über höhere Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten besonders die Bezieher niedriger Einkommen und die Rentner betroffen) und der *Bildungsbereich* (in dem durch den Abbau von Stipendien die Chancengleichheit stark beeinträchtigt wird). In der Haushaltssanierung setzt sich so die Tendenz einer Umverteilung der »Kosten« der Krise auf die konfliktschwachen, unterprivilegierten, marginalisierten Gesellschaftsmitglieder fort. Zugleich werden wesentliche Reformen der sozialliberalen Regierung Anfang der 70er Jahre - die auf mehr Chancengleichheit, mehr soziale Sicherheit hinausliefen - zu Beginn der 80er Jahre teilweise zurückgenommen. Sowohl diese Sparmaßnahmen als auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zeigen, daß Krise und anhaltende Massenarbeitslosigkeit besonders *konfliktschwache*, marginalisierte Teile der Gesellschaft trifft. Das Dilemma der Sozialdemokratie besteht nun darin, daß die von ihr favorisierte *Modernisierungspolitik*, die über die Erhöhung der Produktivität die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt stärken und dadurch wieder zur Vollbeschäftigung führen soll, zunächst geradewegs *entgegengesetzte* Wirkungen nach sich zieht: Die Erhöhung der Produktivität über neue Technologien geht bei stagnierenden Märkten einher mit dem *Abbau von Arbeitsplätzen* und der *Dequalifikation von Arbeitskraft*, die aber jetzt auch Teile der Facharbeiterschaft trifft, auf die die SPD setzt! Angesichts der veränderten ökonomischen Verhältnisse (steigende Zusammensetzung des Kapitals, Stagnation auf dem Weltmarkt) *kehrt sich* jetzt ab Mitte der 70er Jahre nämlich die bisherige Kompromißformel zwischen Lohnarbeit und Kapital: »mehr Gewinne = mehr Arbeitsplätze und größerer Verteilungsspielraum« *um*; wenn - trotz sinkender Rentabilitäten - überhaupt investiert wird, dann, um Arbeitsplätze und hohe Lohnkosten *einzusparen*, »mehr Gewinne« = »weniger Arbeitsplätze!«.

Darüber hinaus muß die Modernisierungspolitik des Staates - will sie effektiv sein - die Wachstumsbranchen mit guten Exportchancen auf dem Weltmarkt bevorzugen, sie benachteiligt so notwendigerweise die Gewerkschaften in den strukturschwachen Branchen

und verstärkt so die in der Stagnationsphase sowieso vorherrschenden korporatistischen Tendenzen in den Gewerkschaften.¹⁶

Diese zersetzenden Tendenzen der Modernisierungspolitik, (die im übrigen zunächst als Politik der Rationalisierung und der Produktivitätserhöhung sowieso von den einzelnen Kapitalen in der Stagnationsphase durchgeführt wird!) können an *einzelnen* Modernisierungsempfängern verdeutlicht werden:

- Ein Hebel zur Förderung des Modernisierungsprozesses soll z.B. die staatliche Bevorzugung der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der *Mikroprozessoren* (Halbleitertechnologien) sein. Gerade diese Technologie, die besonders der japanischen Konkurrenz einen Vorsprung auf dem Weltmarkt verschafft hat, zielt aber auf die Facharbeiterberufe der Hochlohngruppen, die bislang von den Krisenfolgen zumindest im Bereich der IG-Metall weitgehend verschont blieben.

- Ein neuer expandierender Markt wird besonders von den neuen *Kommunikationstechnologien* erwartet. Diese Technologien, wie Bildschirmgeräte, Kabelfernsehen etc. bedrohen aber nicht nur die Arbeitsplätze in den Verwaltungen, sondern eröffnen auch den schon jetzt den Zeitungsmarkt beherrschenden Kapitalen bislang noch gar nicht abzuschätzende Möglichkeiten im Bereich der Nachrichten- und Unterhaltungsindustrie und der Manipulation großer Bevölkerungsschichten; ihre Wirkungen stehen diametral den Zielen z.B. der sozialdemokratischen Bildungsreform entgegen.

- Voraussetzung des weiteren Wirtschaftswachstums und der Modernisierung ist die Lieferung kostengünstiger *Energie*. Hier sollen durch den Schwerpunkt der Energiepolitik auf der Kernenergie die Abhängigkeiten vom Erdöl beseitigt werden. Zugleich hat der verstärkte Ausbau der Energiewirtschaft (nicht nur der Kernenergiewirtschaft!) ökologische und gesellschaftliche Folgen (Luft- und Wasserverschmutzung und -verseuchung, unkalkulierbare Risiken der Atomenergie, Entsorgungsprobleme, »Atomstaat«), die die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung immer mehr bedrohen und gegen die sich ein breiter gesellschaftlicher Widerstand entwickelt.

Gegenüber diesen, den bisherigen wachstumsbezogenen Konsens weiter zersetzenden Auswirkungen einer Modernisierungspolitik steht lediglich die *Hoffnung*, durch eine Exportoffensive auf dem Weltmarkt in der Bundesrepublik wieder eine beschleunigte Akkumulation mit vermehrter Nachfrage nach Arbeitskräften einleiten zu können. Die Erfolgsbedingungen dieser Politik liegen aber auf dem Weltmarkt, sie können vom Staat nicht gesetzt werden. Und selbst wenn eine solche Politik wieder einen hohen Beschäftigungsstand herstellen könnte (was sehr zweifelhaft ist, vgl. dazu Hoffmann 1977, Kalmbach 1978), sind ihre Konsequenzen: im *Inneren* Dequalifikationen von Arbeitskräften, Arbeitsintensivierung, Lohnsenkung, ökologische Belastungen; nach *außen* eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz und »Export« der Arbeitslosigkeit in die konkurrenzschwächeren Länder.

7. Perspektiven der Sozialdemokratie

Die keynesianische Wirtschaftspolitik und die »inneren Reformen« Anfang der 70er Jahre erneuerten und stabilisierten den gesellschaftlichen Konsens in der Bundesrepublik, und sie führten der SPD neue Wählerschichten besonders aus der katholischen Arbeiterschaft, aus Angestelltenschichten und der Intelligenz zu. Die Bewältigung der damals in der Wirt-

schafts- Sozial- und Bildungspolitik existierenden gesellschaftlichen Engpässe, die Erweiterung der Mitbestimmung und die Reformen auf dem Gebiet des Rechts - alles dies waren Maßnahmen, die *mehr Solidarität, mehr Chancengleichheit, mehr soziale Sicherheit, mehr Demokratie* anzielten und *zugleich funktional* auf den kapitalistischen Akkumulationsprozeß bezogen waren. *Diese Konstellation zerbricht mit der ökonomischen Krise 1974/75 und der nachfolgenden anhaltenden Massenarbeitslosigkeit*: Die Beibehaltung der bis dahin durchgeführten Politik mußte auf Basis der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen dysfunktional werden.

Zwar bleibt das Ziel bestehen, über Wirtschaftswachstum den Verteilungsspielraum und den finanziellen Spielraum des Staats zu erhalten; nur wirken die neuen politischen *Mittel* zur Erreichung dieses Zieles jetzt in einer Weise, daß der gesellschaftliche Konsens zersetzt bzw. auf den »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse«, des Marktes, zurückgeworfen wird. Sowohl der einzelwirtschaftliche-rationale Bezug der individuellen Kriseninterpretationen, die Verschärfung des Leistungs- und Konkurrenzdenkens unter den Beschäftigten, als auch die marktorientierte Modernisierungs- und Sparpolitik des Staates weisen in diese Richtung. Eine funktional auf den Akkumulationsprozeß bezogene Politik, mit dem Ziel, über Wirtschaftswachstum durch eine verbesserte Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt Verteilungsspielräume und Finanzierungsspielräume des Staats zu erhalten, heißt daher *nach* der Krise 1974/75 *weniger Solidarität, weniger Chancengleichheit, es heißt auch weniger Mitbestimmung und weniger Demokratie (da »mehr Markt«), und es heißt auch mehr Polizeistaat*, da die sozialen Konflikte am Rande der Gesellschaft nicht mehr durch soziale Reformmaßnahmen, sondern immer mehr kriminaltechnisch mit Hilfe von Polizei und Strafrecht bewältigt werden müssen.

Vorerst - das wurde bereits hervorgehoben - kann diese Politik sich nicht nur auf einzelne Kapitalgruppen, sondern auch auf den Kern der Arbeiterschaft stützen, was durch dessen Krisenerfahrung und Kriseninterpretation unterstützt wird. Dieser erneuerte, *marktvermittelte* Konsens, aus dem bereits die größtenteils atomisierten Randschichten der Gesellschaft ausgegrenzt sind, wird solange stabil bleiben, solange der ihn mit tragende Kern der Arbeiterschaft noch nicht von den Restrukturierungs- und Modernisierungsprozessen getroffen wird. Dort, wo auch die Facharbeiterschaft schon von Rationalisierungsmaßnahmen erfaßt wurde (z.B. im Bereich der IG-Druck und Papier und im Stahlsektor), haben sich schon verschärfte, gewerkschaftlich geführte Auseinandersetzungen als *eine* mögliche Zukunftsperspektive angedeutet. Allerdings mündeten solche Auseinandersetzungen bislang eher in *korporatistische* Formen der gemeinsamen Krisenbewältigung auf der Ebene der einzelnen Branchen zum Zwecke der sozialen »Abfederung« der Krisenfolgen für die einzelnen Betroffenen.¹⁷ Inwieweit aber solche »Krisenkartelle« zwischen Branchenkapitalen und Branchengewerkschaften auch in Zukunft sich entwickeln, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, ob die Vertreter des Kapitals sich in diesen Kartellen überhaupt noch einfinden.

Die Stabilität des markt- und krisenvermittelten gesellschaftlichen Konsenses für die nächste Zukunft zu unterstellen, heißt aber nicht unbedingt, die Stabilität der *Wählerkoalition* und damit des Konsenses hinter der SPD-Regierungspolitik zu unterstellen!

Dies aus mehreren Gründen:

a) Die Modernisierungs- und Sparpolitik kann von der SPD als Reformpartei nur gebrochen durchgeführt werden. Zur Zeit weicht sie aus Gründen der Erhaltung der sozialliberalen Koalition und damit aus Gründen der Machterhaltung zurück: Um an der Macht zu

bleiben, gibt sie - z.B. in der Sozialpolitik - die inhaltliche Substanz dieser Macht stückweise auf.¹⁸ Bislang wurden dadurch noch nicht der *Kern* der Arbeiterschaft, sondern eher konfliktunfähige Randgruppen getroffen. Allerdings wirken diese Maßnahmen auch *in diesen Kern hinein*: Kürzungen des Kindergeldes, der Ausbildungsförderung, Kostenerhöhungen im Gesundheitswesen; nicht zuletzt der Druck des Arbeitslosenheeres auf die Tarifverhandlungen oder der Wegfall der Beschäftigung von einzelnen Familienmitgliedern der Arbeiterfamilien greifen insgesamt den Lebensstandard auch dieses Kerns an. Will die SPD aber z.B. durch Beschäftigungsprogramme und Erhöhung der Sozialleistungen hier Abhilfe schaffen, riskiert sie eine Re-Etablierung des Bürgerblocks von CDU/CSU und FDP. Auch wehrt sich die FDP gegen eine konsequente Modernisierungspolitik durch den Staat, weil dies ihrer Meinung nach bereits dirigistische Züge tragen müßte - und geht auch in diesem Punkt mit der radikalen Marktorientierung der CDU/CSU konform.

b) Gegenüber dieser Ambivalenz der Sozialdemokratie an der Regierung kann die CDU/CSU und in der Regierung die FDP *offen* an die Marktrationalität anknüpfen und eine angebotsorientierte, gewinnfördernde Wirtschafts- und Sozialpolitik als Heilmittel aus der Arbeitslosigkeit propagieren. In diesem Zusammenhang können diese Parteien dann den Abbau der Staatsverschuldung als Voraussetzung einer ökonomischen Erholung fordern. Nicht nur beim *Großkapital*, sondern gerade bei großen Teilen des *Mittelstandes* (der besonders von der Erhöhung der Steuern, der Zinsen und der Sozialkosten betroffen ist) findet diese Argumentation Gehör. Aber auch bei *Teilen der Arbeiterschaft* - besonders den Facharbeitern - findet diese marktorientierte Politik Anhänger, denn gerade die hier vorherrschende *einzelwirtschaftliche* Interpretation makroökonomischer Prozesse muß staatliche Gewinnförderung als eine mögliche Krisenpolitik akzeptieren und die Staatsverschuldung als individuelle Bedrohung für die Zukunft begreifen. Und auch die Betonung der *Leistungsgesellschaft*, die Forderung nach Rückkehr zu »mehr Leistung«, die Diffamierung der sozialen Ausgaben als »Belohnung der Faulen«, verstärkt die Vorurteile gerade *höherer, leistungsbewußter Arbeiterschichten* gegenüber dem sozialdemokratischen Sozialstaat.

c) Auch die *exportorientierten Wachstumskapitale*, die eine wesentliche Stütze des keynesianischen Klassenkompromisses und der sozialliberalen Koalition nach 1969 darstellten, sehen sich offensichtlich nur noch in der FDP-Politik innerhalb der Regierung repräsentiert.

d) Eine aufgrund der Bedrohung durch die Krise verstärkte Bindung von *Arbeitern* an die Gewerkschaft geht offensichtlich nicht mehr einher mit einer verstärkten Bindung an die SPD, zumal die Gewerkschaften selbst sich immer mehr von der SPD enttäuscht sehen und sich auf ihre »*autonome Kraft*« besinnen.

e) Große Teile der »*kritischen Intelligenz*«, die nach der Studentenbewegung 1967 - 1969 in die SPD gegangen sind bzw. diese Partei gewählt haben, sehen sich in der bloßen Verwaltung von Krisenfolgen durch die SPD nicht mehr repräsentiert und sind in ihrer Arbeit durch die Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich besonders stark getroffen. Das Gleiche gilt für von diesen Kürzungen und von der Arbeitslosigkeit besonders betroffene *Jugendliche*, die ihre eigene Zukunft durch die »Leistungsgesellschaft« und die ökologischen Folgen des Wirtschaftswachstums bedroht sehen. Beide Gruppierungen bilden auch den Kern der zunächst punktuell sich entwickelnden, inzwischen aber in alternativen Parteien sich formierenden sozialen und ökologischen Protestbewegung.

Aufgrund der veränderten gesellschaftlichen (besonders der veränderten ökonomischen) Verhältnisse kann einerseits die bisherige SPD-Politik nicht unverändert weitergeführt werden, andererseits müssen die (struktur- und stabilitätspolitischen) Versuche, den Vertei-

lungsspielraum via Wirtschaftswachstum zu erhalten, das gesellschaftliche Bündnis hinter der SPD-Politik zersetzen! Damit aber verliert auch die Politik des Krisenmanagements *politisch* ihre Basis.

8. Gibt es einen Weg jenseits des Teufelkreises von kapitalistischem Wirtschaftswachstum und Konsensverfall?

Gerade das zuletzt genannte Problem einer weiteren Belastbarkeit der Ökologie durch das - den gesellschaftlichen Konsens noch tragende - Wirtschaftswachstum wirft überhaupt die Frage nach dem *System der gesellschaftlichen Reproduktion* auf, nach seinem Ziel.

Dieses Wirtschaftswachstum wird von der SPD nach Godesberg nicht mehr problematisiert: nicht das »Was?«, »Wie?« und »Für wen produzieren?« steht zur Diskussion (um eine griffige Formulierung Bruno Trentins aufzunehmen), sondern die Frage nach dem »Wieviel?«. Dieses Lösungsmodell für die sozialdemokratische (und gewerkschaftliche) Politik wird aber heute nicht nur durch die Widersprüche *im* kapitalistischen Akkumulationsprozeß in Frage gestellt, weil die Verwertung des Kapitals und nicht das Lebens- und Arbeitsbedürfnis der Menschen Maßstab dieses Wachstums ist. Es wird auch dadurch fragwürdig, weil der kapitalistische Akkumulationsprozeß an sich maßlos ist, der Gebrauchswert ihm dabei nur *Mittel* zum Zweck der Profitproduktion. Die *Vernutzung oder gar die Vernichtung der äußeren und inneren Natur des Menschen* sind daher eine Konsequenz dieses Prozesses.¹⁹ Diese Konsequenzen für die einzelnen Individuen und die gesellschaftliche Reproduktion insgesamt konnten lange von der Arbeiterbewegung vernachlässigt werden, solange einerseits strategisch das Ziel der Revolution (wenn auch nur als Chimäre) beibehalten wurde, und andererseits diese Schäden (z.B. an der Gesundheit des Arbeiters) über mehr Lohn *monetär* kompensiert werden konnten. Der *Gebrauchswertaspekt* der Produktion, der in den ersten Programmen der Arbeiterbewegung noch eine große Rolle gespielt hat, ist dementsprechend immer mehr gegenüber dem *monetären* Verteilungsaspekt zurückgetreten. In dieser Sichtweise ist es nur konsequent, wenn man ein »gemeinsames Produktionsinteresse« von Lohnarbeit und Kapital ausmacht, das den monetären Verteilungsspielraum erhalten soll. So gesehen ist die Produktion von Kernenergie, Mikroprozessoren, Panzern und Traktoren gleichermaßen für das Kapital Mittel der Profitproduktion wie für die Arbeiter Mittel des Lebenserhalts durch Arbeitsplatz und Lohn; ein Widerstand z.B. gegen die Produktion von Kernenergie und Panzern ist dann nur moralisch und gegen die in diesen Industrien beschäftigten Arbeiter zu begründen.

In der Auseinandersetzung um Arbeitsbedingungen und Arbeitsgeschwindigkeiten sind die Gewerkschaften mit analogen Problemen konfrontiert. Ihre Politik ist traditionell auf *monetäre* Kompensationen für erhöhte Arbeitsbelastungen, Schichtarbeit, erhöhten Gesundheitsverschleiß etc. ausgerichtet. Auch diese Politik hängt notwendigerweise von einem kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstum ab, durch das entsprechende monetäre Verteilungsspielräume ermöglicht werden. Diese Gewerkschaftspolitik, die von der Sozialdemokratie auch politisch unterstützt wird, gerät aber in dem Maße auch bei den eigenen Mitgliedern in Zweifel, in dem einerseits sowohl innerbetrieblich wie in der Freizeit die *monetären* Entlohnungen den *faktischen* Verlust, sich zu regenerieren, immer weniger kompensieren können (vgl. auch Heinze u.a. 1981) und andererseits die monetären Verteilungsspielräume auch nicht mehr vorhanden sind.

In der Politik gegen sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, den wachsenden Gesundheitsverschleiß z.B. durch Schichtarbeit, deutet sich bereits seit Beginn der 70er Jahre eine Wende der Gewerkschaftspolitik an, wenn nicht mehr nur die monetäre Kompensation des Verschleißes, sondern die Rücknahme der *Ursachen* der steigenden Belastungen und die Kontrolle der Arbeitsbedingungen angestrebt werden - eine Politik, die durch die ökonomische Krise Rückschläge zu verzeichnen hatte.

Außerbetrieblich wird die Problematik der Vernichtung von Lebenschancen durch das kapitalistische Wachstum z.Z. *gegen* Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den »neuen sozialen Bewegungen« und »alternativen Parteien« formuliert, während die Sozialdemokratie auf den Konsens zwischen Kernarbeiterschaft und Wachstumskapitalen setzt und diesen Konsens sogar gegen die ökologischen Protestgruppen mobilisiert. Daß diese Politik durchaus im Einklang mit dem Kern ihrer Wählerschaft steht, war oben schon erwähnt. Angesichts der Zersetzung dieses Kerns durch die Wirkungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, der Sparhaushalte und der Modernisierungspolitik, und angesichts der konsequent auf Marktzwänge bezogenen politischen Alternative der CDU/CSU erscheint es mir - im Gegensatz zu den Thesen Richard Löwenthals (1981) - sehr fraglich, ob dieses Wählerpotential ausreicht, um an der Macht zu bleiben. Denn eine sozialdemokratische Politik, die ihre historische Perspektive nur noch in der Modernisierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu sehen vermag, begibt sich der Möglichkeit, einen neuen gesellschaftlichen Konsens gegen Kapitalinteressen und konservative Parteien neu zu begründen.

Die Perspektiven der Sozialdemokratie werden durch einen programmatischen und politischen Bezug auf die Interessen der Industriearbeiter kaum besser, sofern die gesellschaftliche Form der »Industriegesellschaft« - von der Löwenthal nur in dieser neutralen Weise spricht - nicht thematisiert wird. Denn unter den gegebenen Umständen wird die materielle Situation der Industriearbeiter eher von den *immanenten* Tendenzen dieser »arbeitsteiligen Industriegesellschaft« bedroht als von den »Aussteigern« und den »Alternativen«. Eine Perspektive könnte die deutliche Aufnahme der Interessen der Industriearbeiter *für die SPD* nur *dann* erbringen, wenn dies (wie M. Schumann - gegenüber der Gewerkschaftspolitik - betont) einherginge mit einer Kriseninterpretation und Krisenpolitik, die die Ursachen der Krise als *kapitalistische* nicht verschweigt. Sonst wird ihr Scheitern gegenüber der kapitalistischen Eigendynamik von den Arbeitern doch wieder nur als »falsche Politik« bzw. »Über die Verhältnisse gelebt« begriffen, ohne daß Krisen als notwendige Formen der Wiederherstellung der Proportionen der gesellschaftlichen Produktion im Kapitalismus begriffen werden: »Daß die SPD bis heute und die Gewerkschaften zu lange darauf verzichtet haben, die Krisenentwicklung als Ausdruck kapitalistischer Wirtschaft zu analysieren und die Strukturmerkmale des Wirtschaftens systematisch in die Verursachungs- wie Lösungsdiskussion einzubeziehen, hat die Gefahr bei den Arbeitern zunächst erhöht, auch konservative (!) Interpretationsmuster und Lösungsangebote zu akzeptieren«. (Schumann 1979, S. 159)

Offensichtlich ist die Sozialdemokratie zumindest zur Zeit nicht in der Lage, eine solche Interpretation der Krise zu entwickeln. Statt dessen stellt sie sich - wie in den Wahlkämpfen in Niedersachsen, Hamburg und Hessen - als Partei dar, die Arbeitsplätze schafft - so als hätte nicht die 'verantwortliche' Regierungspolitik in Bonn diese Möglichkeit seit zehn Jahren wahrnehmen können. Mit dieser hilflos politikbezogenen Argumentation, die die gesellschaftlichen Ursachen der Krise ausspart, liefert sich die Sozialdemokratie notwendi-

gerweise den »Sachzwängen« kapitalistischer Akkumulation aus und legt sich selbst jene Tretminen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit ihren politischen Gegnern, in die sie mit ihrer Wirtschaftspolitik prompt hineinläuft.

Eine Interpretation der aktuellen Krise und der Massenarbeitslosigkeit als immanent-kapitalistische Restrukturierung, deren Richtung nur unter Mißachtung der Autonomie der Unternehmen revidierbar wäre, müßte also schon die Form der gesellschaftlichen Produktion politisch zur Diskussion stellen - und sei es, daß zumindest Roß und Reiter genannt werden. Real wird z.Zt. der keynesianische Klassenkompromiß nach dem neoliberalen Credo »mehr Markt« hin aufgelöst und so das Ende des (ökonomischen wie politischen) Keynesianismus eingeläutet. Eine Mehrheitschance hat auf diesem Feld die Sozialdemokratie, sofern sie *nur* an der Verteidigung tradierter bzw. in der Zeit der »inneren Reformen« verschobenen sozialen Kompromißlinien im vorgegebenen politischen und gesellschaftlichen System festhält, *nicht*.

Die Frage ist dann, ob die SPD noch dazu fähig ist, über das »keynesianische Projekt« *hinaus* zu gehen in eine politische Richtung, die die überkommenen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr marktmäßig in ihr Recht setzen will, sondern diese Strukturen selbst zu verändern trachtet - also tatsächlich aus der Ökonomie ein »Subsystem« der Politik macht! Eine solche »systemüberwindende« Reformpolitik müßte allerdings auch mit den überkommenen etatistischen Formen der Politik brechen, wie sie oben beschrieben wurden, um auf lange Frist eine neue politische Perspektive eröffnen zu können. Auch diese Position, die sich zur Zeit links von der SPD organisatorisch (z.B. in alternativen Parteien) zu festigen beginnt, wird zunächst kaum mehrheitsfähig werden - sie hat aber immerhin eine historische Perspektive jenseits des konservativ besetzten »status quo« und sie eröffnet die Möglichkeit, den oben beschriebenen neuen gesellschaftlichen Konsens jenseits kapitalistischer Sachzwänge und der realen Drohung einer ökologischen Katastrophe in politischen Bündnissen zu erweitern und zu festigen. Für die überkommene sozialdemokratische Konzeption des »Politikmachens« ist - darin ist führenden Sozialdemokraten zuzustimmen - jedenfalls »das Ende der Fahnenstange« erreicht.

Anmerkungen

- 1 Wichtig ist hier der Einfluß der Pluralismus-Theorie auf das spätere Godesberger Programm der SPD. Die Pluralismus-Theorie der 50er und 60er Jahre, die zumindest in der Politikwissenschaft »herrschende Lehre« war, war immer eher politische Norm, Zielbestimmung, denn eine Theorie, die sich auf die gesellschaftliche Wirklichkeit stützen konnte. - Die hier vorgetragene These, daß der Basiskonsens im wesentlichen ökonomisch vermittelt gewesen sei, heißt nicht, daß der Staat nicht auch und gerade zu Beginn des Wirtschaftswunders »Geburtshelferdienste« geleistet hätte - im Gegenteil (vgl. dazu Altvater u.a. 1980, S. 76 ff). Nur tat er unter Adenauer und Erhard dies mit dem Ziel, die Marktkräfte durch die Unterstützung der Kapitalbildung freizusetzen. Daß ein »Nebenprodukt« neoliberaler Kapitalförderung ein schneller Konzentrations- und Zentralisationsprozeß war, sei hier zumindest angemerkt.
- 2 Aus der Struktur *dieser* Argumentation ergibt sich zwingend die politische Kernfrage der Sozialdemokratie nach der *Verteilung*; auch die Linke in der SPD hat bis heute diese Beschränkung der politisch-gesellschaftlichen Perspektive nicht überwunden, was sich z.B. darin zeigt, daß der aus der SPD ausgetretene Manfred Coppik als zentralen Kritikpunkt an der SPD-Politik der 70er Jahre die ungelöste Verteilungsfrage benennt und diese nur als *Machtfrage* charakterisiert (vgl. ex-

press Nr. 12/1981). Zur Kritik dieses Ansatzes gilt immer noch die Argumentation von Müller/Neuß 1971. - Die Ausführungen zur Grundstruktur von Konsens und Konflikt in Gewerkschaften und SPD sollen nicht einen direkten Bezug der Verfasser des Godesberger Programms auf die Weimarer Diskussion unterstellen, sondern lediglich auf diese Grundstruktur der Argumentation verweisen. Auf den hier entwickelten Zusammenhang hat als erster Wolfgang Müller aufmerksam gemacht, vgl. Müller 1973.

- 2a In diesem Zusammenhang ist noch auf einen bezeichnenden Unterschied in der Rezeption der keynesianischen Theorie durch die westdeutsche Sozialdemokratie - im Vergleich zu anderen westeuropäischen Arbeiterparteien - hinzuweisen, der für die spätere Analyse der gesellschaftlichen Wirkungen ihrer Politik von Bedeutung ist: Der Keynesianismus wurde von der SPD nicht in erster Linie »linkskeynesianisch« interpretiert, sondern eher als »Instabilitätstheorie«, die dann dem Staat stabilisierende Funktionen zukommen läßt. Ausgangspunkt ist hier - wie in der Weimarer Republik in der Theorie vom »organisierten Kapitalismus« - die kapitalistische Produktionsweise als *anarchische* Produktionsweise (die stets zu Fehlallokationen in Produktion und Verteilung führt), die aber durch eine *planvolle* staatliche Nachfragepolitik gelenkt, reguliert werden kann. Wird demgegenüber - wie z.B. in der Labour Party - in linkskeynesianischer Weise der *Lohn* als Nachfragefaktor hervorgehoben, dann gewinnen die Interessen der Arbeiter(klasse) für die Stabilität des kapitalistischen Systems einen »universellen« Stellenwert (vgl. dazu etwa die Diskussion neuerdings in der *New Left Review* Nr. 122/1980). Während so mit Hilfe der keynesianischen Theorie in Westeuropa die militante Lohnpolitik der Gewerkschaften begründet bzw. theoretisch gerechtfertigt werden kann, übernimmt die westdeutsche Sozialdemokratie die im Kern »etatistische« Variante der keynesianischen Theorie (auch darin ganz der Weimarer Tradition verhaftet), in der die Lohnpolitik eine - durch Einkommenspolitik zu regulierende abhängige Variable der staatlichen Nachfragepolitik ist. Die Gewerkschaften spielen hier nicht einen aktiven Part, sondern einen passiven, bestenfalls (oder: schlimmstenfalls!) einen aktiven Part in Bezug auf ihre Mitglieder, die es zu integrieren oder zu disziplinieren gilt.
- 3 Der Zerfall des »Bürgerblocks« der bürgerlichen Parteien ist nicht nur Resultat ökonomischer Instabilitäten, die einen Interessensausgleich erschweren, sondern zugleich auf eine Abschwächung der innenpolitischen Polarisierung nach »Godesberg« und auf eine sozialstrukturelle Verschiebung der Mitglieder- und Wählerbasis zwischen CDU (Selbständige, Landwirte, katholische Arbeiter) und FDP (Angestellte, Beamte) zurückzuführen. Vgl. dazu Schmollinger/Stöß 1976, S. 31 ff.
- 4 Shonfield (1968, S. 283 ff.) hat zu Recht auf die Diskrepanz zwischen neoliberaler Theorie und der Praxis der Wirtschaftspolitik hingewiesen, die staatsinterventionistische Maßnahmen zugunsten der großen Kapitalgruppen nicht scheute. Allerdings wurde dieser Staatsinterventionismus nicht antizyklisch ex ante projektiert; erst in der Folge von inflationären Entwicklungen und Finanzkrisen Mitte der 60er Jahre werden keynesianische Mittel der Wirtschaftslenkung vorge schlagen, auf die Wirtschaftsminister Schiller (SPD) dann auch zurückgreifen kann.
- 5 »Scheinbar« deshalb, weil die Wirkungen der Wirtschaftspolitik besonders nach der Krise 1966/67 stark überschätzt worden sind. Viel wichtiger für den schnellen Aufschwung nach 1966/67 war dagegen die Tatsache, daß die Krise ihre »reinigende« Funktion (über Pleiten, Lohnsenkungen, Zinssenkungen, Neuaufteilung der Märkte etc.) bereits vollbracht hatte, woran die staatliche Nachfragepolitik anknüpfen konnte!
- 6 Die Konzentrierte Aktion sollte dazu dienen, das Verhalten der wichtigsten am Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen und der staatlichen Wirtschaftspolitik zu koordinieren. Dazu wurden vom Wirtschaftsminister auf Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Orientierungsdaten für die Ausgaben der öffentlichen Haushalte, der Lohn- und Preisentwicklung ausgegeben. Insbesondere ging es darum, die Löhne an die Akkumulation des Kapitals anzubinden (die Kapitalakkumulation war ja die Basis der Orientierungsdaten!) - mit der Aussicht, sichere Arbeitsplätze und stetige Einkommenszuwächse dadurch gewährleisten zu können. Vgl. dazu Schiller 1966, 1967; Bergmann u.a. 1975, Hoffmann/Semmler 1975.
- 7 Während 1969 die SPD als »moderne Reformpartei« ihre traditionelle Arbeiterwählerschaft um

- einen großen Teil von Angestellten und Beamten, die bislang CDU gewählt hatten, ergänzen kann, gelingt ihr 1972 sogar ein Einbruch in die Wählergruppe der katholischen Arbeiter, besonders bei den un- und angelernten, in der Regel gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern dieser Gruppe. Vgl. Schmollinger/Stöß 1977, S. 121 ff.
- 8 Allein aufgrund dieser stets von der SPD betonten Voraussetzung der Autonomie der Unternehmen und Tarifautonomie ist die neuerdings (aus italienischer Sicht) behauptete »grundlegende Veränderung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie« durch die SPD-Regierungspolitik, die aus dem ökonomischen System ein »Sub-System« der Politik gemacht habe, nicht haltbar. Selbst die optimistischsten SPD-Politiker dürften diese Illusion nach den schmerzhaften Erfahrungen seit 1973 kaum noch hegen. Vgl. zu dieser These Bolaffi/Maramao 1982.
 - 9 Die Diskussionen um die System- und Tätigkeitsgrenzen des Staates, besser: der Politik, waren und sind wesentlicher Bestandteil der marxistischen Staatsdiskussion; unter *Systemgrenze* ist dabei die Grenze zu fassen, die durch das Rechtsinstitut des Privateigentums an Produktionsmittel gezogen ist; der Begriff der *Tätigkeitsgrenze* bezieht sich dagegen auf den Handlungsspielraum des Staates innerhalb der Systemgrenze, der durch die konkreten Auseinandersetzungen zwischen Klassen bestimmt und periodisch in Form von Kompromißlinien festgeschrieben wird. Vgl. dazu Blanke/Jürgens/Kastendiek 1975, Blanke 1977; zur Systemgrenze aus liberaler Sicht vgl. auch Böckenförde 1976, S. 206 - 212.
 - 10 Diesen Thesen liegen die Ausführungen bei Altvater u.a. 1980, S. 180 ff. und 324 ff. zugrunde. Die Analysen zum Scheitern der Wirtschaftspolitik 1973 ff. werden in der Bundesrepublik sehr kontrovers geführt, nicht zuletzt deshalb, weil es darum geht, zu klären, ob der Keynesianismus (z.B. verbunden mit Beschäftigungsauflagen, »Keynes-plus«) noch als Instrument einer linken Alternative dienen kann oder nicht. Vgl. dazu Arbeitsgruppe »Alternativen der Wirtschaftspolitik« 1978 und 1980; Altvater u.a. 1979.
 - 11 Dabei ging es in der Politikwissenschaft zunächst um die Frage, ob der Staat angesichts der mangelnden »Problempertzeption« über eine planerische Basis verfügt (vgl. Ronge/Schmiege 1973). Darüber hinaus wurden - wie oben erwähnt - in der marxistischen Diskussion die systematischen Grenzen der Staatsintervention diskutiert. Die herrschende Theorie der Wirtschaftspolitik schwenkt sehr schnell im Rahmen der Inflationsanalyse und -therapie von keynesianischen Theorieversatzstücken auf den (alten) neoliberalen Ansatz um - dieser präsentierte sich jetzt (1972 ff.) im »modernen« Gewand des »Monetarismus«. - Die *Inflation* muß als Resultat des Versuches der einzelnen Kapitale, den krisenhaften Entwertungsprozessen mit Hilfe von Preiserhöhungen auf dem Hintergrund einer hohen staatlichen Nachfrage zu entkommen, interpretiert werden. Staatliches Krisenmanagement führt dann zwar zu einem Aufschieben von Entwertungsprozessen, damit aber auch zu defizitären Strukturverschiebungen im Akkumulationsprozeß, die die Inflation - weil produktivitätsmindernd - beschleunigen, ohne die Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. Der Ort, wo sich die richtigen Proportionen der Akkumulation (wieder) herstellen, ist eben unter Voraussetzung des Privateigentums an Produktionsmitteln letztlich der Markt, und Krisen haben dann eine »restrukturierende« Funktion: ein »äquivalent-funktionales« Handeln des Staates zerbricht an der rechtlich garantierten Autonomie der Unternehmen.
 - 12 Die hier vorgestellte Analyse des Scheiterns sozialdemokratischer Reformpolitik würde bei Schmidt (1978) - in der schon zitierten materialreichen und gründlichen Untersuchung der »inneren Reformen« - unter der Kategorie »politikökonomischer« Analysen verbucht werden, die - so Schmidt - verkürzt die ökonomischen Schranken hervorheben. Allerdings kontrastiert Schmidts Analyse in eigenartiger Weise mit diesem Verdikt, da er selbst permanent (zu Recht) den *funktionalen Primat des »Ökonomischen«* sowohl bezüglich der Reformressourcen, der Grenzen staatlichen Krisenmanagements, als auch auf der Ebene der Interessendurchsetzung konstatieren muß. Seine Betonung der Ebene der Konsensbeschaffung (im Gegensatz zur Konsensbildung als »demokratischer Willensbildung von unten«, S. 248) durch die Regierungspolitik vernachlässigt dabei gerade die *vorpolitische* Konsensbildung und -veränderung durch den »stummen Zwang der Verhältnisse«.

- 13 Diese These von Kalecki (1972), nach der die Krise von der Zentralbank und der Regierung zum Zwecke der Disziplinierung der Arbeiter eingeleitet wird, wird in der Bundesrepublik besonders von gewerkschaftsnahen Kriseninterpretationen vertreten. Die Bundesbank spielt deshalb eine besondere Rolle in der gewerkschaftlichen Kriseninterpretation, weil sie (z.B. in der DGB-Zielprojektion 1973-1977, vgl. Leminsky/Otto 1974, S. 258 ff.) durch billige Kredite die Finanzierung von Investitionen der Unternehmen auch dann ermöglichen soll, wenn durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik eine Umverteilung von den Profiten zu den Löhnen und damit eine Einengung der Eigenfinanzierung bewirkt wird.
- 14 Dabei ist nicht anzunehmen, daß der Faktor »Religion« jetzt aufgrund einer »angestiegenen Religiosität« bei der Wahlentscheidung eine Rolle gespielt hat, sondern eher, daß diese Wähler aufgrund der Bedrohung ihrer individuellen Existenz (z.B. als un- und angelernte Arbeiter) der SPD enttäuscht den Rücken kehren und ihren traditionellen Bezug zur CDU wieder aufnehmen.
- 15 Diese Thesen fassen empirische Untersuchungen zur Kriseninterpretation und -verarbeitung zusammen. Vgl. dazu Hildebrandt 1977; Dombois 1979; Schumann 1979.
- 16 In Verbindung mit der Segmentierung des Arbeitsmarktes, der verstärkten Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft, der unterschiedlichen Konjunkturentwicklung in einzelnen Branchen und Unternehmen kann eine solche marktbezogene Politik die Bruchlinien innerhalb der Arbeiterschaft verstärken. Diese Problematik wird aktuell im Umkreis der Gewerkschaften als möglicher »Sprengsatz« in der Einheitsgewerkschaft diskutiert. Vgl. Heinze u.a. 1981; Esser 1982; Streeck 1981; Hoffmann 1981.
- 17 Während auf der gesamtstaatlichen Ebene mit dem Scheitern des Keynesianismus auch das korporatistische Bündnis der Konzertierte Aktion ausläuft, bilden sich auf Branchenebene neue korporatistische Formen in der Form von »Krisenkartellen«. Vgl. dazu Esser 1982.
- 18 An diesem Punkt könnten Überlegungen einsetzen, inwieweit hier die Sozialdemokratie nicht in einem ähnlichen strukturellen Dilemma steckt wie am Ende der Weimarer Republik. Dabei beziehe ich mich nicht auf eine mögliche faschistische Gefahr oder auf die konkreten Maßnahmen der Sparpolitik (die z.Z. in eine andere Richtung laufen als die in der Weimarer Republik), sondern auf das Verhältnis von *materiellem Abbau* sozialer Staatsfunktion bei *formeller Bestandssicherung*. Vgl. dazu Blanke 1978, S. 380 ff.
- 19 Natürlich setzt hier der Staat dann ein, wenn die gesellschaftliche Reproduktion insgesamt gefährdet ist. Das Ausmaß des Staatseingriffs hängt aber offensichtlich vom sozialen Protestpotential ab, und es gibt gute *ökonomische* Gründe dafür, daß der Staat im kapitalistischen System sinnvollerweise erst im Nachhinein als Reparaturbetrieb an der geschädigten Umwelt aktiv wird (vgl. dazu Migge 1979), es gibt allerdings auch gute ökologische Gründe für die Annahme, daß es dann oft genug zu spät ist. Ökologieprobleme als »Folgeproblem« kapitalistischer Produktion werden gleichermaßen wie soziale und gesundheitliche Folgeprobleme an den Staat als »Reparaturbetrieb« zur Lösung verwiesen. *Auf beiden Seiten reicht aber eine bloße »Reparatur« nicht aus, um die Reproduktion der Arbeitskraft über den eingengten kapitalistischen Zweck ihres Gebrauchs hinaus zu sichern.*

Literatur

- Agnoli 1967: Johannes Agnoli, *Die Transformation der Demokratie*, in: Agnoli/Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt/M. 1967
- Altwater u.a. 1979: Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Willi Semmler, *Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Programms alternativer Wirtschaftspolitik*, in: *WSI-Mitteilungen* Nr. 2/1979
- Altwater u.a. 1980: Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Willi Semmler, *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise - Politik und Ökonomie in der Bundesrepublik*, Berlin 1980
- Arbeitsgruppe »Alternativen der Wirtschaftspolitik« 1978: *Memorandum »Alternativen der Wirtschaftspolitik 1978«*, Köln 1978

- Arbeitsgruppe »Alternativen der Wirtschaftspolitik« 1980: *Memorandum »Gegen konservative Formierung - Alternativen der Wirtschaftspolitik«*, Köln 1980
- Bergmann u.a. 1975: Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walter Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Köln 1975
- Blanke/Jürgens/Kastendiek 1975: Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek, *Kritik der politischen Wissenschaft*, Frankfurt/M. 1975
- Blanke 1977: Bernhard Blanke, *Formen und Formwandel des politischen Systems in der bürgerlichen Gesellschaft*, in: v. Brandes, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Semmler (Hrsg.), *Handbuch Staat*, Köln 1977
- Blanke 1978: Bernhard Blanke, *Sozialdemokratie und Gesellschaftskrise - Hypothesen zu einer sozialwissenschaftlichen Reformismustheorie*, in: W. Luthardt (Hrsg.), *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1978
- Böckenförde 1976: Ernst-W. Böckenförde, *Die Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft im demokratischen Sozialstaat der Gegenwart*, in: ders., *Staat, Gesellschaft, Freiheit*, Frankfurt/M. 1976
- Bolaffi/Maramao 1982: Angelo Bolaffi/Giacomo Maramao, *Die Deutsche Sozialdemokratie heute - oder die Paradoxa einer Geschäftsführung der Arbeiterklasse*, in: PROKLA Nr. 47/1982
- Dombois 1979: Rainer Dombois, *Stammarbeiter und Krisenbetroffenheit*, in: PROKLA Nr. 36/1979
- Esser u.a. 1980: Josef Esser, Wolfgang Fach, Georg Simonis, *Grenzprobleme des »Modells Deutschland«*, in: PROKLA Nr. 40/1980
- Esser 1982: Josef Esser, *Gewerkschaften in der Krise*, Frankfurt/M. 1982
- Fenner 1977: Christian Fenner, *Demokratischer Sozialismus und Sozialdemokratie*, Frankfurt/M. 1977
- Heinze u.a. 1981: Rolf G. Heinze, Karl Hinrichs, Claus Offe, Thomas Olk, *Bruchlinien innerhalb der Arbeiterklasse als Herausforderung für die gewerkschaftliche Politik*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* Nr. 6/1981
- Hergt 1975: Siegfried Hergt (Hrsg.), *Parteiprogramme*, Opladen 1975
- Hildebrandt 1977: Eckart Hildebrandt, *Feuern ohne zu Feuern - Betriebs- und Personalpolitik in der Krise*, in: PROKLA Nr. 26/1977
- Hoffmann/Semmler 1975: Jürgen Hoffmann, Willi Semmler, *Kapitalreproduktion, Staatseinflüsse auf den Arbeitslohn und Gewerkschaften*, in: W.D. Narr (Hrsg.), *Politik und Ökonomie - Autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems*, *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 5*, Opladen 1975
- Hoffmann 1977: Jürgen Hoffmann, *Staatliche Wirtschaftspolitik als Anpassungsbewegung der Politik an die kapitalistische Ökonomie*, in: V. Brandes u.a., *Handbuch 5 Staat*, Frankfurt/M. 1977
- Hoffmann 1981: Jürgen Hoffmann, *Amerikanisierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung?* in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* Nr. 7/1981
- Kalmbach 1978: Peter Kalmbach, *Beschäftigungssicherung durch Modernisierung der Wirtschaft?* in: Markmann/Simmert (Hrsg.), *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978
- Kalecki 1972: Michael Kalecki, *Political Aspects of Full Employment*, (1943), in: E.K. Hunt, Jesse G. Schwartz (eds.), *A Critique of Political Economy*, Harmondsworth 1972
- Leminsky/Otto 1974: Gerhard Leminsky, Bernd Otto (Hrsg.), *Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Köln 1974
- Löwenthal 1981: Richard Löwenthal, *Sechs Thesen zur Identität der Sozialdemokratie*, in: *Die Tageszeitung*, 7.12.1981
- Migge 1979: Helmut Migge, *Kapitalakkumulation, Umweltschutz und gesellschaftliche Interessen*, in: PROKLA Nr. 34/1979
- Müller 1973: Wolfgang Müller, *Der Pluralismus - die Staatstheorie des Reformismus*, in: G. Doeker, W. Steffani (Hrsg.), *Klassenjustiz und Pluralismus*, Festschrift für Ernst Fraenkel, Hamburg 1973
- Müller-Neuß 1971: *Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital*, in: PROKLA, Sonderheft 1/1971

- Ronge/Schmieg 1973: Volker Ronge, Günther Schmieg, *Restriktionen politischer Planung*, Frankfurt/M. 1973
- Scharpf/Hauff 1975: Fritz W. Scharpf, Volker Hauff, *Modernisierung der Volkswirtschaft*, Köln 1975
- Schiller 1967: Karl Schiller, *Reden zur Wirtschaftspolitik*, Bonn-Bad Godesberg 1967
- Schiller 1968: Karl Schiller, *Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society*, in: R. Schwedler, W. Föhrenbach (Hrsg.), *Jahr der Wende*, Karlsruhe
- Schmidt 1978: Manfred Schmidt, *Die »Politik der inneren Reformen« in der Bundesrepublik Deutschland 1969 - 1976*, in: Politische Vierteljahresschrift Nr. 2/1978
- Schmollinger/Stöß 1976: Horst Schmollinger, Richard Stöß, *Bundestagswahlen und soziale Basis der politischen Parteien in der Bundesrepublik*, in: PROKLA Nr. 25/1976
- Schmollinger/Stöß 1977: Horst Schmollinger, Richard Stöß, *Bundestagswahlen ... (Teil II)*, in: PROKLA Nr. 26/1977
- Schumann 1979: Michael Schumann, *Entwicklungen des Arbeiterbewusstseins*, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 3/1979
- Shonfield 1968: Andrew Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, Köln-Berlin 1968
- Streeck 1981: Wolfgang Streeck, *Einheitsorganisation und Interessendifferenzierung*, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1981
- Vobruba 1979: Georg Vobruba, *Keynesianismus als politisches Prinzip*, in: Leviathan Nr. 4/1979

Weitere Aufsätze zu diesem Themenbereich:

PROKLA 47

Christine Buci-Glucksmann, Sozialdemokratie und keynesianischer Staat

Angelo Bolaffi/Giacomo Maramo, Die deutsche Sozialdemokratie heute

PROKLA 40

Joachim Hirsch/Roland Roth, 'Modell Deutschland' und neue soziale Bewegungen

Josef Esser/Wolfgang Fach/Georg Simonis, Grenzprobleme des 'Modell Deutschland'

PROKLA 41

Andrei S. Markovits/Thomas Ertman, Das 'Modell Deutschland'. Eine Herausforderung für die U.S.A.

Angelo Bolaffi/Giacomo Maramao, Wer hat Angst vor 'Bad Godesberg'?

Otto Kallscheuer, 'Bad Godesberg' in der italienischen Linken

Michael Jäger, Sozialliberaler Korporatismus: Die Zukunft des 'Modell Deutschland'